



Wer will Wildnis?

Grundbesitzerverband kritisiert **Umfrage** des Bundesamtes für Naturschutz als „Etikettenschwindel“.

Heftiger Widerstand gegen eine Umfrage des Bundesamtes für Naturschutz kommt vom Grundbesitzerverband Brandenburg e. V. Die berufständische Organisation vor allem größerer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe im Land hält schon den Begriff der Umfrage für „irreführenden Etikettenschwindel“, von deren offensichtlich interessengeleiteten Ergebnissen ganz abgesehen.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks war mit der Schlagzeile in den Medien, dass 93 % der Deutschen sich mehr Wildnis wünschten. „Taucht man etwas tiefer in die Befragung ein, stellt man eine unübersehbare Fülle an Widersprüchen, manipulativen Fragestellungen sowie ideologisierenden Handlungsempfehlungen fest“, so Dr. Eberhard Lasson, Vorstandsmitglied im Verband. „Das Bundesamt für Naturschutz ist als Behörde zu Objektivität und Neutralität verpflichtet und kann mit seinen fest besoldeten Mitarbeitern nicht die Rolle einer Nichtregierungsorganisation übernehmen“, so Lasson weiter.

Zentrales Thema der sogenannten Studie ist die Akzeptanz von Wildnis in der Bevölkerung. Nirgends wird gegenüber den Interviewpartnern fachlich definiert, was unter Wildnis oder Begriffen wie Biodiversität und Naturnähe zu verstehen ist.

So erklären sich nach Einschätzung des Grundbesitzerverbandes die hohen Zustimmungsraten. Jeder Befragte könne seine individuelle Wildnisvorstellung einbringen, wenn er nur die Vorgabe der Befragung erfülle, dass Wildnis überall dort sei, wo sich die Natur selbst überlassen bleibe. Gleichzeitig sehnten sich die Befragten nach einer großen Artenvielfalt. Das Bundesamt vermeide aber tunlichst die Offenlegung des Widerspruch, dass eine durch den Menschen unbeeinflusste Natur und Artenvielfalt sich gegenseitig ausschließen. „Wie ein roter Faden zieht sich durch die Interviewergebnisse der Verzicht auf Information und Darstellung dynamisch ablaufender Naturprozesse. Die Behörde verschweigt, dass unbewirtschaftete Natur und Artenverarmung Hand in Hand gehen“, kritisierte der Verband. Dadurch blieben falsche Vorstellungen, Fehlinformation und schlichte Unkenntnis der Befragten aus der Untersuchung

völlig ausgeblendet. So finde die weitere Ausbreitung des Bibers hohe Zustimmung, während die gravierenden Schäden durch den Nager, wie unterspülte Schutzdeiche, Straßen und Hochwasseranlagen, unberücksichtigt blieben.

Nationalparks erfahren allgemein einen hohen Zuspruch, so der Grundbesitzerverband weiter. „Von den betroffenen Bewohnern kann dieser aber nicht stammen, man denke nur an die heftigen Auseinandersetzungen im Schwarzwald.“ Insbesondere die Schaffung von Arbeitsplätzen im Tourismus werde als vorteilhaft beurteilt. „Würde man den Menschen dagegen offenlegen, welche enormen gesamtgesellschaftlichen Verluste an Wertschöpfung durch die Stilllegung land- und forstwirtschaftlicher Flächen entstehen und diese Verluste den Gewinnen durch Tourismus gegenüberstellen, wäre das Ausmaß an Zustimmung völlig anders“, erklärte der Grundbesitzerverband.

Agrarbericht

Daten nun online verfügbar

Potsdam. Pünktlich zum Brandenburger Dorf- und Erntefest startete das Agrarministerium ein zusätzliches Informationsangebot im Netz – das Agrarportal Online. Es ersetzt mit Blick auf die geänderten Nutzergewohnheiten den früher in Druckform verfügbaren Agrarbericht des Landes. Dieser erfährt damit auch eine inhaltliche Neuausrichtung. Das Onlineangebot sorgt für eine wesentlich aktuellere und transparentere Abbildung. Neben der weiteren Bilanzierung geht es zunehmend um zuverlässige Arbeits- und Entscheidungshilfen, damit Markt-, Wertschöpfungs-, Förder- und Beschäftigungsentwicklungen eingeschätzt werden können.

Neben statistischen Angaben zur Landwirtschaft und dem ländlichen Raum sind auch eine Reihe erklärender Beiträge nachzulesen. So stellt die Startseite zum Portal „Die Herausforderungen der brandenburgischen Streusandbüchse“ dar oder die „Leistungsfähige Tierproduktion“, die auf gesunden Tieren beruht.

www.agrarbericht.brandenburg.de

Bauernbund

„Technokratische Demenz“

Kleßen. Der Bauernbund Brandenburg hat an Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt appelliert, die vom Bundesumweltamt geplante Einbeziehung von Behältern für Jauche, Gülle und Sickersäfte in die Bundesverordnung für Industrieanlagen noch zu verhindern. „Es zeugt von fortgeschrittener technokratischer Demenz, wenn natürlicher Dung aus der Landwirtschaft mit gefährlichen Industriegiften gleichgesetzt wird“, sagte Bauernbund-Vorstand Lutz-Uwe Kahn, Nebenerwerbslandwirt aus Kleßen im Havelland.

Die damit verbundenen Auflagen, etwa das längerfristige Leerstehen von Behältern

